

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die SPD wird eine Wende in der Umwelt- und Energiepolitik einleiten und dem Fortschritt eine neue Richtung geben, kündigt der SPD-Vorsitzende **Rudolf Scharping** an.

Seite 1

Die Unionsparteien wollen mit ihrer Freibetragspolitik beim Kindergeld die Familienförderung noch ungerechter machen, klagt Brandenburgs Sozial-, Arbeits-, Gesundheits- und Frauenministerin **Regine Hildebrandt**.

Seite 2

Die Bundesregierung mißbraucht in schamloser Weise die deutsche EU-Präsidentschaft für billige Wahlkampfauftritte, deckt die SPD-Vizevorsitzende **Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB** auf.

Seite 3

Der Klimaschutz gehört in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung, fordert **Michael Müller MdB**.

Seite 4

Macht Kohl Wahlkampf mit der Angst vor Atomsmugglern, fragt **Frelmut Duve MdB**.

Seite 5

Der Bundesrechnungshof bringt es an den Tag: Unfähigkeit der Bundesbauministerin jetzt schwarz auf weiß, berichtet **Otto Reschke MdB**.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 160

22. August 1994

Eine neue Richtung

SPD wird Wende in Umwelt- und Energiepolitik einleiten

Von **Rudolf Scharping***

Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD

Das hohe Maß an Umweltbelastungen, dem wir unser Leben aussetzen, ist in diesem Sommer angesichts der drastisch gestiegenen Ozonbelastung vielen Menschen sprichwörtlich unter die Haut gegangen. Umweltverschmutzung ist keine abstrakte Bedrohung mehr, immer mehr Menschen spüren die Konsequenzen der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen am eigenen Leib: Allergien und Atemwegserkrankungen nehmen zu und vor allem Eltern sind in berechtigter Sorge, denn gerade Kinder sind in besonderem Maße davon betroffen.

Wir deutschen Sozialdemokraten treten seit langem für eine konsequente ökologische Erneuerung und Modernisierung unserer Volkswirtschaft ein. Dies ist ein zentrales Thema im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie von 1989 und einer der Kernpunkte des sozialdemokratischen Regierungsprogramms 1994.

Deutschland braucht endlich eine Politik, die ernst macht mit der Arbeit für eine sozial und ökologisch verantwortliche Gesellschaft. Die Erkenntnis, daß gesamtwirtschaftlich nichts vernünftig ist, was ökologisch unvernünftig ist, darf nicht länger ein folgenloses Lippenbekenntnis bleiben. Die SPD will, daß der sparsame Verbrauch von Rohstoffen und der Schutz der Natur Ziel der Politik und Rechenfaktor der Wirtschaft unseres Landes werden. Wir wollen eine ökologische Wende hin zu umweltfreundlichen Produkten und - was noch wichtiger ist - zu umweltverträglichen Produktionsweisen, ohne die ein verträgliches Wachstum nicht mehr gesichert werden kann.

Im SPD-Regierungsprogramm haben wir die Rahmenbedingungen, mit denen wir dieses Ziel erreichen wollen, aufgezeigt. Während die Bundesregierung mit ihrer Umweltpolitik weitgehend bei der Reparatur von entstandenen Schäden verharrt, werden wir mit marktwirtschaftlichen Anreizen für umweltverträgliche Produkte und Produktionsweisen und mit einer ökologischen Steuerreform neue Strukturen schaffen, die eine nachhaltige Modernisierung und langfristige Sicherung des Industrietandortes Deutschland bewirken.



Um die längst überfällige Wende in der Umwelt- und Energiepolitik wirkungsvoll einleiten zu können, brauchen wir den politischen Wechsel in Deutschland. Wir brauchen eine neue Zielbestimmung von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die konservative Bundesregierung von Helmut Kohl ist dazu nicht in der Lage. In ihren zwölf Regierungsjahren hat sie es versäumt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen so zu verquicken, daß sich eine zukunftsfähige Balance überhaupt entwickeln kann. Das muß sich ändern. Die SPD wird mit dem Regierungswechsel in Deutschland dem wirtschaftlichen Fortschritt eine neue, ökologische Richtung geben.

Ich bin dankbar, daß sich die Grundwertekommission der SPD mit den Langzeitperspektiven dieser Reform befaßt und vielfältige, auf die Zukunft gerichtete Vorstellungen entwickelt hat. In einer auf Legislaturperioden ausgerichteten Regierungsarbeit dürfen Zukunfts- und Langzeitperspektiven nie aus dem Blick geraten. Das Ergebnis der Arbeit der Grundwertekommission macht deutlich: wir werden noch viel an Phantasie und politischer Gestaltungskraft aufbieten müssen, bis wir dem Ziel einer erneuerten Harmonie zwischen Natur und menschlichen Wirken auf unserem Planeten nahekommen. Entscheidend ist aber, daß wir nicht länger zögern, die ersten Schritte in diese neue Richtung tatsächlich auch zu gehen.

(-/22. August 1994/hgs/fr)

- * Erklärung anläßlich der Vorstellung des Papiers der SPD-Grundwertekommission "Dem Fortschritt eine neue Richtung" geben.

Splittingvorteil nicht länger zu rechtfertigen Unionsparteien wollen Familienförderung noch ungerechter machen

**Von Regine Hildebrandt
Ministerin für Arbeit und Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg**

Die von CDU und CSU geplante Anhebung der Kinderfreibeträge um 1.000 Mark würde die Familienförderung in Deutschland noch ungerechter machen als sie ohnehin schon ist: Schon jetzt bekommt ein Spitzenverdiener im Monat 116 Mark mehr für sein Kind als ein Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen. Mit den neuen Kinderfreibeträgen will die Union diese ungerechtfertigte Begünstigung der Spitzenverdiener auf monatlich 145 Mark noch weiter vergrößern.

Außerdem handelt es sich bei der Ankündigung der Unionparteien, die Kinderfreibeträge anzuheben, um ein unfinanziertes Wahlversprechen: Durch die höheren Kinderfreibeträge entsteht ein neues Milliardenloch, bei dem die Union völlig offen läßt, wie es geschlossen werden soll.

Insgesamt führen die Pläne von CDU und CSU nicht dazu, daß endlich ein gerechter Familienleistungsausgleich geschaffen wird. Im Gegenteil werden bei der Familienförderung die Vorteile zugunsten der Spitzenverdiener weiter zementiert.

Nach Auffassung der SPD muß dem Staat jedes Kind gleich viel wert sein. Deshalb wird die SPD nach einem Sieg bei der Bundestagswahl das Kindergeld für alle Kinder auf 250 Mark im Monat anheben. Bei großen Familien will die SPD das Kindergeld ab dem 4. Kind sogar auf 350 Mark im Monat verbessern.

Die von der SPD vorgesehene Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Mark pro Kind ist solide gegenfinanziert: Neben dem Ersatz der bisherigen ungerechten Kinderfreibeträge (rund 17 Milliarden DM) wird die Verbesserung zugunsten der Familien mit Kindern durch eine maßvolle

Begrenzung ungerechtfertigt hoher Splittingvorteile abgedeckt (da aus dem bisherigen Kindergeld bereits rund 22 Milliarden DM zur Verfügung stehen, müssen aus dem genannten Volumen des Ehegattensplittings von über 30 Milliarden DM rund elf Milliarden DM zur Finanzierung des einheitlichen Kindergeldes von 250 DM herangezogen werden, um das notwendige Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden DM abzudecken): Angesichts der finanziellen Not vieler Familien mit Kindern ist es nicht länger zu rechtfertigen, daß ein Spitzenverdiener ohne Kind allein für seinen Trauschein einen Splittingvorteil von bis zu 22.842 DM im Jahr erhält.

(-/22. August 1994/hgs/fr)

Skandalöse EU-Ministertreffen

Schamloser Mißbrauch der deutschen Ratspräsidentschaft für den Wahlkampf

Von Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Die Bundesregierung hat auf meine schriftliche Anfrage hin eingestehen müssen, daß sie bereits 1,4 Millionen DM aus Steuermitteln für reine Wahlkampfshows mißbraucht hat! Insgesamt wollen die Parteien der Bundesregierung auf diese Weise bis zum Jahresende zehn Millionen DM unter dem Deckmantel europäischer Ministertagungen verschleudern. Das ist mehr als skandalös!

Es ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, daß die Bundesregierung in Ihrer Ratspräsidentschaft zu informellen Ministertreffen nach Deutschland einlädt. Aber es ist auch klar erkennbar, daß es keine vernünftigen Gründe gab, diese zurückliegenden sechs informellen Ministertreffen einzuberufen. Zur Erinnerung: Wohnungsbauministerin Schwaetzer hat ihre europäischen Kollegen nach Dresden, Arbeits- und Sozialminister Blüm nach Dortmund, Umweltminister Töpfer wiederum nach Dresden, Forschungsminister Krüger nach Würzburg und Verkehrsminister Wissmann nach Ludwigsburg eingeladen. Darüber hinaus gab es ein informelles Treffen der Kultusminister in Würzburg.

Niemand kann ernsthaft behaupten, daß diese Ministertreffen die europäische Sache befördert haben. Wer erinnert sich überhaupt an irgendwelche Ergebnisse dieser Treffen?

Es gab bei diesen Treffen keine vernünftigen Ergebnisse oder richtungsweisenden Beschlüsse in europäischen Angelegenheiten. Diese standen nach dem Willen des jeweils einladenden deutschen Ministers auch gar nicht an. Dafür gab es um so mehr Pressekonferenzen und Fototermine, die nur den Zweck hatten, den jeweiligen Bundesminister "ins rechte Bild zu rücken".

Forschungsminister Krüger hat für "sein" Ministertreffen fast eine halbe Million angesetzt. Wozu? Die Gelder für Forschung sind in der letzten Zeit wieder alle Vernunft zusammengestrichen worden. Jetzt sind auf einmal eine halbe Million DM für die Selbstdarstellung von Herrn Krüger da!

Hier wird Wahlkampf gemacht, die europäische Sache mißbraucht und der Steuerzahler geschröpft.

Es ist unglaublich, aber bis zum 16. Oktober scheint dieser Bundesregierung jedes noch so unlautere Mittel recht zu sein. Nach der Sommerpause macht die Bundesregierung im alten Stil weiter: Bis zum Wahltermin stehen noch sieben informelle Ministertreffen an; danach gibt es keine Treffen mehr! Die Wählerinnen und Wähler werden es sich merken.

(-/22. August 1994/hgs/ks)

Klimaschutz Mittelpunkt des Wahlkampfes
Klimaänderungen dürfen nicht zu einem verdrängten Thema werden

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die von den Menschen verursachten Klimaänderungen gehören zu den größten Bedrohungen der näheren Zukunft. Folgen gehen weit über die Zerstörung der Natur hinaus, denn sie führen zu gewaltigen Armutswanderungen, Hungerkatastrophen und globalen Vertreibungskonflikten. Zu den Hauptverursachern globaler Klimaänderungen zählen die verschwenderische Nutzung fossiler Brennstoffe, die Zerstörung der Wälder und Böden sowie die Freisetzung chemisch hergestellter Gase.

Doch trotz der gewaltigen Gefahren wird zwei Jahre nach dem Erdgipfel über Umwelt und Entwicklung kaum noch über diese Menschheitsherausforderung geredet. Im Gegenteil: die Klimagefahren werden weitgehend verdrängt und tabuisiert. Deshalb ist es gut, daß in den letzten Wochen die Klimadebatte wieder aufgeflammt ist. Niemand will einen schönen Sommer vermiesen, aber die Zunahme der Wetterextreme in allen Jahreszeiten sind bedrohliche Hinweise, daß das Klimasystem außer Kontrolle gerät. Es ist nämlich nicht so, daß die Folgen menschenbedingter Eingriffe zu angenehmen "Mittelmeertemperaturen" in unseren Breiten führen. Vielmehr nehmen Wetterschwankungen und -anomalien zu. Von daher müssen die langfristigen Trends gesehen werden.

- Beispielsweise hat sich zwischen 1860 und 1990 die globale Durchschnittstemperatur um 0,6 Grad erhöht. Diese Erwärmung über den Landflächen hat sich vor allem in den letzten 20 Jahren verstärkt. Wobei in unseren Breiten insbesondere die Temperaturen in der Nacht und im Winter ansteigen.
- Von 1949 bis 1990 nahm die Wasserverdunstung in tropischen Breiten um etwa 16 Prozent zu, in unseren Breiten um etwa sechs Prozent.
- Zwischen 1966 und 1990 nahm die mittlere Windgeschwindigkeit in unseren Breiten um neun Prozent zu, die relative Sturmhäufigkeit erhöhte sich in dieser Zeit von 18 auf 26 Prozent im Bereich des Island-Tiefs.
- Von größter Bedeutung ist insbesondere die zeitliche und räumliche Veränderung der Niederschlagsverteilung. In Südeuropa ist eine deutliche Verringerung der Regenmenge festzustellen. Die Schneebedeckung hat sich in Europa um rund zehn Prozent verringert. In den letzten 100 Jahren hat die Masse der Inlandgletscher in den Alpen um 50 Prozent abgenommen, Satellitenbeobachtungen belegen einen ähnlichen Trend für Grönland, Island und andere Erdbereiche.

Das Dramatische an diesen Trends liegt in dem Umstand, daß sie sich vor allem in den letzten 30 Jahren beschleunigen und erst mit einer Zeitverzögerung von 30 bis 40 Jahren in ihren Auswirkungen deutlich werden. Dies liegt insbesondere an einer Ankoppelung klimatischer Veränderungen an die langfristigen Umwälzungsprozesse in den Ozeanen. Anders ausgedrückt: Die weitere Zunahme von Wetterextremen nach derzeitigen Erkenntnissen kann nur noch abgemildert, aber nicht mehr verhindert werden.

Vor diesem Hintergrund ist das zögerliche und folgenlose Gerede der Bundesregierung über Klimaschutz unverantwortlich. In keinem Land sind wohl die Kenntnisse über Klimagefahren so groß wie in Deutschland, um so eklatanter ist der Widerspruch in der Praxis. Eine Regierung,

die sich als einzige den Luxus leistet, auf Straßen keine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung zu wollen, versagt vor dieser Herausforderung. Deshalb ist es wichtig, das Thema Klimaschutz mit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen.

(-/22. August 1994/hgs/ks)

Chefsache

Macht Kohl Wahlkampf mit der Angst vor Atomschmugglern?

Von Freimut Duve MdB

Bisher sind bei der Diskussion um den bedrohlichen Handel mit Nuklear-Material nur Fälle bekannt geworden, in denen die bayerische Polizei, als Käufer getarnt, das Material angelockt hat. Außerdem Fälle, in denen sich Journalisten als Atom-Kauf-Tester betätigt hatten. Beide Formen - die der Polizei und die der Journalisten - sind von einem großen Medienaufwand begleitet worden. Lediglich in einem einzigen Fall besteht der Verdacht, daß sich ein Dritte-Welt-Staat für das Material interessiert.

Die NDR-Sendung PANORAMA vom 18. August 1994 hat eindrucksvoll dargestellt, daß hier ganz wesentlich von deutscher Seite ein Marktinteresse an diesem tödlichen Material vorgepielt worden ist. Die aufgeregte - wenn es ernst wäre, aber viel zu späte - Reaktion des Kanzlers ("Chefsache"), die peinliche Kumpanei des Kanzleramtsministers Schmidbauer mit einem dubiosen Anwalt und mit einem der Verdächtigen, die angeberische Form, in der die Moskau-Blitzreise angekündigt wird - das alles nährt den unvorstellbaren Verdacht: Der deutsche Bundeskanzler, die bayerische Polizei und der Herr Schmidbauer spielen ein gewagtes Wahlkampf-Spiel, mit dem brisantesten Thema seit dem Fall der Mauer.

Sollte sich dieser Verdacht erhärten, dann hat die Bundesregierung mit dieser Leichtfertigkeit unserem Land geschadet. Die Beziehungen mit anderen Staaten sind berührt, die Polizei wäre zum Wahlspiel mißbraucht worden. Auch in Bayern ist Wahlkampf.

Vor allem anderen muß dieser Verdacht bei der Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses in dieser Woche entkräftet werden.

Ich habe darum folgende Fragen an die Bundesregierung gestellt:

1. Treffen die Behauptungen der Redaktion des NDR in der PANORAMA-Sendung vom 18. August 1994 zu, wonach - mit einer Ausnahme - bisher alle bekannt gewordenen Fälle von Nuklear-Ankauf durch die Polizei oder durch Journalisten provoziert waren?
2. Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß Mitarbeiter der Polizei deutsche Bürger und die Bürger anderer Staaten zu strafbaren Handlungen verleitet haben?
3. Hat Kanzleramtsminister Schmidbauer die Glaubwürdigkeit und das anwaltliche Ansehen des Verteidigers des mutmaßlichen Atomschmugglers, Adolf Jäkle, geprüft, bevor er ihn durch ein amtliches Schreiben zu einem "freien Mitarbeiter" des Kanzleramtes beförderte?

(-/22. August 1994/hgs/ks)

**Das Maß des Erträglichen ist voll
Unfähigkeit der Bauministerin jetzt schwarz auf weiß**

**Von Otto Reschke MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

Deutlicher als der Bundesrechnungshof kann man es wohl kaum formulieren: Die Bauministerin handelte nach dem Hochwasser am Schürmann-Bau übereilt und mißachtete sogar Haushaltsrecht. Nach den mir vorliegenden Informationen nimmt der Bundesrechnungshof vor allem Anstoß an folgenden Punkten:

1. Die in der Ausschreibung vorgesehenen Leistungen des Investors sind so ungenau beschrieben, daß ein Angebot danach nicht kalkuliert werden kann. Es ist damit zu rechnen, daß die Bewerber die Risiken Ihres Angebotes in die Preise einrechnen oder im Vertrauen auf weite vertragliche Auslegungsspielräume mit der Durchsetzung billiger Auftragsvarianten spekulieren.
2. Die Anforderungen an das zu errichtende Gebäude sind zu hoch, wie zum Beispiel die Fassadenverkleidung mit Natursteinen, die Vorgabe der Geschoßhöhe oder die Anforderung eine Kantine zu errichten.
3. Die Einhaltung der kurzen Planungs- und Bauzeit von drei Jahren wird durch Ablaufkonflikte (zum Beispiel durch Auflagen an den Investor hinsichtlich des Beweissicherungsverfahrens) und offene Randbedingungen (zum Beispiel für die Nutzung durch die Deutsche Welle in Bebauungsplan der Stadt Bonn) gefährdet.
4. Der Wettbewerb läßt ein wirtschaftliches Ergebnis nicht erwarten, weil die Frist für die Bearbeitung der Angebote zu kurz ist, einzelne Bewerber Wettbewerbsvorteile haben und die Bewerber sich auf Nachverhandlungen einrichten müssen.
5. Das mit der Ausschreibung begonnene Verfahren ist wegen des mit ihm verbundenen Risikos einer Fehlinvestition unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten äußerst bedenklich.
6. Der Abschluß des Investorvertrages ohne eine ausgereifte Planung birgt das Risiko einer langjährigen Bindung an ein ungeeignetes Gebäude.

Das bedeutet im Klartext das "Aus" für die Nutzung des Schürmann-Baus als neue Heimstätte der Deutschen Welle. Der durch das arbeitsgerichtliche Urteil gegen die deutsche Welle beziehungsweise den Bundesinnenminister gesetzte Umzugstermin zum 1. Juli 1997 kann unter diesen Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden! Damit ist die von vornherein als Totgeburt zu bezeichnende Verkaufslösung der Bauministerin endgültig gestorben.

Für all diese Fehlleistungen trägt die Bauministerin die Verantwortung. Es wird jetzt Zeit, daß die Ministerin endlich auch die politischen Konsequenzen zieht. Die Zeit des Versteckens hinter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums und der Bundesbaudirektion sind vorbei. Das hier von der Ministerin angerichtete politische und finanzielle Desaster geht bei weitem über das Maß des Erträglichen hinaus. Damit weiterer materieller Schaden verhindert und das Ansehen der öffentlichen Hand nicht noch weiter geschädigt wird, müssen sich so schnell wie möglich die Fachausschüsse des Deutschen Bundestages und die Gremien der Fraktionen mit dem zu erwartenden Endbericht des Rechnungshofes auseinandersetzen.

(/22. August 1994/hgs/fr)
